

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

153 (4.7.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1.10 M., 1/4jährl. 3.80 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bzw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bzw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bzw. 3.60 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Verlag mittags. Geschäftszeit: 1/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Einzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die Arbeiten des Landtags.

Karlsruhe, 4. Juli.

Der badische Landtag ist mit seinen Arbeiten zu Ende. Mehr als sieben Monate war er beisammen, um den ihm zur Verfügung vorgelegten Stoff zu verarbeiten. Es wurden von ihm verabschiedet: 24 Gesetzentwürfe, 2 Denkschriften, 102 Anträge, 24 Interpellationen, 42 kurze Anfragen, der Staatsvoranschlag mit Nachtrag, 11 Rechnungsabweisungen und Rechnungen und 1 Wahlprüfung. Kein Landtag der letzten Friedensjahre weist ein derartiges Arbeitspensum auf. Ein gut Teil der Anträge entsand aus den Verhältnissen der Kriegswirtschaft, insbesondere betrafen sehr viele davon die Lebensmittel-, Futtermittel- und Bedarfsverforgung. Soweit die sozialen Fürsorgemaßnahmen während des Krieges in Frage kommen, bemühte sich die Regierung der Zeit und deren Erfordernissen gerecht zu werden. Sie wirkte nachhaltig auf die Gemeinden ein, damit diese die Arbeitslosenfürsorge einrichten. Der Wohnungszufuhr für die Regierung erhöhte Aufmerksamkeit zu. Sie beteiligte sich an dem badischen Baubund mit 400 000 M., legte das Bürgerschaftssicherungsgesetz vor, das die Mittel zur Binnentilgung für eine Kapitalsumme von 15 Millionen Mark garantiert. Zur Anteilnahme an den gemeinnützigen Baugenossenschaften durch den Staat verlangte ein Antrag der Abg. Wötter, Schön, Beyerle und Hartmann die Bereitstellung von 1 Million Mark. Die Regierung erteilte ihre Zustimmung unter der Voraussetzung, daß sich die Gemeinden mit gleichem Betrage beteiligen. Das Kriegsunterstützungsgesetz, Kriegsinvaliden- und Hinterbliebenenfürsorgengesetz wurde eingehend erörtert und durch sozialdemokratische Anträge Verbesserungen verlangt. Eine Neugestaltung der Arbeitsvermittlung, des Arbeiterschutzes, Mütter- und Säuglingschutzes, der Beschränkung der Frauen- und Nachtarbeit wurde eingehend besprochen und ist die Regierung geneigt, in wohlwollender Weise dem Verlangen nach weitgehendstem Schutze der Arbeitskraft entgegenzukommen.

Scharf zurückgewiesen wurde das Verhalten von Betriebskrankenkassen, die von Kriegsbeschädigten verlangen, im Falle einer Erkrankung aus ihrer Vermögen Ansprüche an die Krankenkassen auf Gewährung von Krankengeld nicht zu stellen. Regierung und Landtage waren in der Verurteilung eines solch unmoralischen Verhaltens einig.

Die im Januar und Anfangs Februar stattgefundenen Streiks beurteilten das Zentrum und die Nationalliberalen aufs Schärfste, ohne sich in die tieferen Ursachen jener Bewegung hineinzuversetzen zu können. Es blieb der Sozialdemokratie vorbehalten, die Gründe, welche die Streiks hervorriefen, vorzutragen und dafür zu warnen, die Arbeiterchaft mit schärferen Zwangs- und Gewaltmaßnahmen aufzuwecken. Ein solches Regimen würde nicht nur nichts nützen, sondern die organisierte Arbeiterchaft zur organisierten Abwehr anspornen. Wie man die Arbeiterchaft bewertet, wies der sozialdemokratische Redner an dem Ministerium des Innern weitergegangenen Geheimklassen nach, die sich auf Ueberwachung und Erkundung der Stimmung der Arbeitervereinigungen bezogen. Die Regierung stellte demgegenüber fest, daß es sich um Erlasse, die von Berlin aus ergangen sind, handle. Mit Recht konstatierten die sozialdemokratischen Vertreter, daß diese Erlasse an die Zeit des Sozialistengesetzes erinnerten. Alle Abschwächungsversuche der Regierung konnten diesen Eindruck nicht verwischen.

Einen breiten Raum in den Erörterungen der Zweiten Kammer nahmen die sogenannten hohen Arbeitslöhne ein. Die Fabrik- und Gewerbeinspektion machte Mitteilungen über die bezahlten Löhne und es stellte sich heraus, daß Spezialarbeiter Löhne bis zu 2 M. pro Stunde verdienten, dagegen aber auch noch Löhne von 60 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Wie übertrieben die hohen Arbeiterlöhne wurden, bewies der sozialdemokratische Redner auf Grund einer Statistik der Mannheimer Ortskrankenkasse, nach welcher 60 Proz. der Versicherten einschließl. der Teuerungszulagen Tagesverdienste bis zu 6.25 M. hatten. Dabei sind bei der Ortskrankenkasse Mannheim die Arbeiter der Benzwerke, Brown u. Boveri, des Strelbewerks versichert, welche mit die besten Löhne in der Metallindustrie bezahlten. Wiederholt wurde von sozialdemokratischer Seite nachgewiesen, daß die Teuerung der Lebenshaltung in viel höherem Maße vor sich ging, als die Erhöhung der Arbeitslöhne.

Der Erfolg von entstandenen Schäden durch Fliegerangriffe bildeten wiederholt den Beratungsgegenstand. Zum Schluß konnte mitgeteilt werden, daß die Bemühungen der badischen Regierung bei der Reichsleitung dazu führte, daß das Reich für den vollen Ersatz der Fliegerbeschäden aufkommt, und der badische Staat entsprechende Vorentscheidung leistet. Eine Entschädigung wird jedoch nur bei Sach-, nicht auch bei Personenschäden gewährt.

Die Kriegsmassnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung fanden nur soweit die Organisation in Frage kommt, die Billigung der Sozialdemokratie. Soweit sich die Massnahmen auf die Preisbildung, die Bekämpfung des Wuchers, des Laufs und Scheidhandels bezogen, waren die Massnahmen der Regierung derart monatelang, daß von sozial-

demokratischer Seite eine Verantwortung für diese nicht übernommen werden konnte. Die sozialdemokratische Fraktion konnte sich von ihrem Standpunkt auch dann nicht abbringen lassen, als der Herr Staatsminister meinte, seine Ernährungspolitik sei eine solche zu Gunsten der armen Leute. Diese Ansicht wird von den minderbemittelten Bevölkerungsschichten nicht geteilt, denn man sieht ja, wie auch in Baden eine Preissteigerung der anderen folgt und wie man regierungsseitig bis jetzt ohne Energie den Preistreibern begegnet ist. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Politik der Regierung in Baden, sowie im Reich mehr zu Gunsten der Produzenten als Konsumenten eingestellt ist. Viel Bestimmung wurde dadurch im Volke erzeugt, mögen die hierzu gestellten Anträge der Regierung begreiflich machen, daß auf diesem Gebiete manches besser werden muß.

Soweit die badischen Soldaten sich bei preussischen Truppenteilen befinden, wurde über deren Behandlung lebhaftes Klage geführt. Bei der Aussprache erfuhr die mit Preußen bestehende Militärkonvention Beanstandung. Selbst der Herr Staatsminister gab zu, daß vieles geändert werden müßte und versprach, dies anzustreben. Als Konsequenz dieser Auffassung ergibt sich, daß Baden sich ein eigenes Kriegsministerium schafft, ob diese Konsequenz die badische Regierung ziehen wird, bleibt abzuwarten.

Eine äußerst wichtige Frage betraf die Oberrheinregulierung und die Gewinnung der Wasserkraft, sowie die Bewirtschaftung des durch das Murgewerk erzeugten Stromes. Bei Beratung des Gesetzesentwurfes über die Schaffung des Murgewerkes im Jahre 1912 verlangte die Sozialdemokratie, daß dieser Betrieb ein reiner Staatsbetrieb werde. Damals waren es die bürgerlichen Parteien, welche diesem Verlangen widersprachen und zugaben, daß für die Stromabgabe die sogenannte gemischt-wirtschaftliche Betriebsform gewählt werden könne. In diesem Sinne arbeitete die Regierung und es kam die mittelbadische Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft zustande, welcher eine Reihe Privatunternehmen angehört und die den Strombetrieb übernehmen sollte. Eine genaue Prüfung ergab, daß diese auf Gewinnabsichten berechnete Gesellschaft zur Verteuerung des Strompreises führen würde, weshalb die Zweite Kammer beschloß, daß die mittelbadische Gesellschaft ausgeschlossen und der Strombetrieb durch den Staat selbst zu erfolgen habe. Dieses Verlangen stellte die Zweite Kammer einstimmig auf, es bedeutet dies einen Sieg dessen, was die Sozialdemokratie im Jahre 1912 vertrat.

In der Ersten Kammer wandte sich der Berichterstatter Herr Gehl. Kommerzienrat Engelhardt in sehr scharfer Weise gegen diesen Beschluß und denunzierte denselben als den Ausfluß der Verwirklichung sozialdemokratischer Zukunftsforderungen. Dem gegenüber verteidigte der Berichterstatter der Zweiten Kammer über das Murgewerk Herr Abg. Rebnann deren Standpunkt und trotz des Einpruchs der Ersten Kammer blieb die Zweite Kammer nach wie vor auf ihrem gefassten Beschluß bestehen.

Für die Oberrheinregulierung verlangte die Zweite Kammer von vornherein, die Ausschaltung jeglichen Privatekapitals. Die Lösung dieses Problems sollen lediglich das Reich, die Staaten, die Kreise und die Gemeinden, die in Betracht kommen, übernehmen.

Soweit es sich um die politische Neuordnung handelt, verkündete die Tronrede, daß die Regierung bereit sei, in eine Erörterung der Weiterbildung und Neugestaltung des Verfassungsweises einzutreten. Anträge, welche die Einführung der Verhältniswahl zum Landtag forderten, wurden von den Nationalliberalen, den Sozialdemokraten und den fortschrittlichen Volksparteiern gestellt. Das Zentrum und die rechtsstehende Vereinigung trat für Einführung der Verhältniswahl in den Großstädten, wo mehr als 2 Abgeordnete zu wählen sind, ein, lehnt dagegen deren Einführung für das ganze Land ab. Leider hat sich die Regierung den Standpunkt der Rechte zu eigen gemacht mit dem fademichigen Vorwand, es sei bis jetzt das richtige System für die Verhältniswahl noch nicht gefunden. Da aber allgemein anerkannt wurde, daß die Verhältniswahl das gerechteste Wahlverfahren sei, dürfte durch energiegelichen Kampf diese Forderung allmählich ihre Verwirklichung finden.

Die Beteiligung der Klasieneinteilung für die Gemeindevahlen forderte der Landtag einstimmig, die Regierung ist bereit, in diesem Sinne dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf vorzulegen, doch will sie durch besondere Anreizen das bodenkundliche gegen das stufenerende Element schützen. Ohne Zweifel die Beteiligung der Klasieneinteilung fordern die Sozialdemokratie, Volkspartei und das Zentrum, während die Nationalliberalen sich bereit erklärten, einem Mehrstimmrecht zuzustimmen. Auch sonst will man die Gemeinde- und Städteordnung den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechend aufbauen.

Das Frauenwahlrecht zum Landtag einzuführen lehnten die Nationalliberalen, das Zentrum und die rechtsstehende Vereinigung ab. Für das Frauenwahlrecht in den Städten der Städteordnung stimmte ein Teil der Nationalliberalen, geschlossen die Sozialdemokraten und die fortschrittliche Volkspartei; die Anträge wurden jedoch abgelehnt. Das Gemeindevahlrecht für die Frauen in den Städten der Städteordnung verbinderte ein Teil der nationalliberalen

Fraktion, welche sich an der Abstimmung nicht beteiligten und so den Gegnern des Frauenwahlrechts die Mehrheit sicherten.

Einen Landständischen Ausschuß mit erweiterten Rechten will ein nationalliberaler Antrag, der von sozialdemokratischer und fortschrittlicher Seite abgelehnt wurde, da mit demselben die Rechte des Parlaments beschränkt und eine weitere Instanz zwischen dem Landtag und der Regierung geschaffen werden würde.

Auch über die Reform der Kreisverfassung bestand Einstimmigkeit. Eine Zusammenlegung und Vergrößerung der Kreise begegnete Widerpruch. Das Wahlverfahren zu ändern wird für notwendig erachtet. Die Mehrheit will die Wahlen der Kreisvertreter den Gemeinden übertragen. Die Sozialdemokratie machte dazu den Vorbehalt, daß nur bei Abschaffung der Klassenwahl und Einführung der Verhältniswahl auch bei den kleinen Gemeinden sie einer solchen Regelung zustimmen könnte. An der Ernennung der Bezirksräte hält die Regierung nicht mehr fest, wer künftig Wahlkörper sein soll, ist noch nicht geklärt.

Von der Ersten Kammer wurde den Beschlüssen der Zweiten Kammer gegenüber betont, daß sie an dem geborenen Recht des Grundbesitzes in den Kreisversammlungen festhalte. Eine Abschaffung der Ersten Kammer ist von sozialdemokratischer Seite befürwortet worden. Statt der Aufhebung kommt eine Reform dahingehend, daß die Vertreter des Adels beschränkt und zwei Arbeitervertreter neu in die Erste Kammer eintreten sollen. Daß mit dieser Reform die Erste Kammer an Wert und Bedeutung gewinnen sollte, ist sehr zweifelhaft; im Gegenteil wird die Zeit kommen, wo sich der Gehalts im Volke durchsetzt, daß alle privilegierten Vorrechte verschwinden müssen und auch die Erste Kammer zu beteiligen sei.

Auf schulpolitischem Gebiete lagen ebenfalls eine Reihe Anträge auf Neuordnung vor. Das Fortbildungsschulgesetz bringt nicht die erhofften Fortschritte. Die Beratungen über dasselbe haben ergeben, daß die Nationalliberalen auch in Kulturfragen nicht mehr zuverlässig sind, um eine freiheitliche Ausgestaltung durchzuführen. Soweit Änderungen des Kirchen- und Stiftungsgesetzes in Frage kommen, beseligen dieselben Bestimmungen aus der Kulturkampfzeit, denen die Sozialdemokratie ihre Zustimmung geben konnte.

Das Verhältnis der Parteien zueinander war im verflochtenen Landtag getragen von dem Geiste des Sichereschens wollen.

Das Gesamtergebnis des Landtags kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Ernte der Arbeiten desselben hauptsächlich das Zentrum einheimt, während die Forderungen der linksstehenden Parteien vorerst mit Vertörungen für die Zukunft abgetan wurden.

In dem badischen Volke wird es liegen, dieses Ergebnis nachzuprüfen und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Nun von einer starken sozialdemokratischen Bewegung und Verrechnung der sozialdemokratischen Mandate wird in Zukunft etwas Fortschrittliche, demokratisch gestaltete Neuordnung zu erwarten sein, das zeigten die Beratungen des Landtags nur allzu oft.

Der Kampf für Erweiterung der Volkrechte muß nach wie vor die Parole des badischen Volkes sein.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 3. Juli. (W.V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Erfolgreiche Erkundungsgesichte. Stärkere Vorstöße der Engländer bei Merris und Moyeneville (südlich von Arras) scheiterten. In örtlichen Kämpfen nordwestlich von Albert machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Nördlich der Aisne haben sich heute früh örtliche Kämpfe entwickelt. Zwischen Aisne und Marne hielt rege Tätigkeit des Feindes an. Teilangriffe bei St. Pierre-Aigle und westlich von Chateau-Thierry wurden abgewiesen.

Aus einem amerikanischen Geschwader von neun Einheiten wurden vier Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Udet errang hierbei seinen 39., Leutnant Löwenhardt seinen 33. und 34. Luftsieg. Leutnant Friedrich und Majorfeldwebel Thom schossen ihren 20. Gegner ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 3. Juli, abends. (W.V. Amtlich.)

Vertikale Kämpfe nördlich der Aisne.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 3. Juli. (W.V. Nicht amtlich.)

Am frühen Morgen, setzte an der ganzen Piavefront von Safegana abwärts, heftiges italienisches Geschützfeuer ein, das sich südlich von San Donna in unregelmäßigen Abständen bis zum Fommelfener steierte. Einige Stunden später ging im Piave-Mündung

...dungsgebiet feindliche Infanterie zum Angriff über.

In erbitertem, den ganzen Tag über während Kampfe vermochte der Gegner, abgesehen von kleinerem Raumbewinn bei Ghiesla Nova, nirgends einen Erfolg zu erringen.

Wie nachträglich festgestellt wurde, war es Oberleutnant Barwi mit dem Zugführer Cauer als Piloten, der den vielgenannten italienischen Jagdflieger Major Baros am 19. Juni abgeschossen hat.

Der Chef des Generalstabes Seegefecht.

Wien, 3. Juli. Amtlich wird verlautbart: In den Morgenstunden des 2. Juli stieß eine kleine Abteilung unserer Torpedoeinheiten in der Morgendämmerung auf stark überlegene feindliche Torpedoreitkräfte.

Der englische Mannschaftseriat.

Rotterdam, 3. Juli. (W.V. Nicht amtlich.) Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt, wurde im Unterhaus die Einberufung der Landarbeiter zum Streik und ihr Einfluß auf die Ernte besprochen.

Alliierten-Konferenz.

W.V. London, 3. Juli. Neutermelung. Bei der Eröffnung der interalliierten parlamentarischen Wirtschaftskonferenz hielt Bonar Law eine Willkommensrede an die Vertreter, worin er nach Erwähnung des Unterganges des Hospitalschiffes „Leandover“ sagte, diese Konferenz werde die zwischen den Alliierten bestehenden Bande noch enger knüpfen.

Taras Bulba.

Von Nikolaus Sogol.

(Fortsetzung.)

Elftes Kapitel.

Zu der Zeit, als sich die hier beschriebenen Ereignisse abspielten, gab es in den Grenzorten keine Zollbeamten und Aufseher, diese Schwärden der Handelsstädte, und man durfte mit sich schleppen was man nur wollte.

mit der festen Ueberzeugung nach Hause zurückkehren werden, daß das englische Volk niemals entschloßener war, als heute, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen und daß schließlich die wirtschaftlichen Kräfte, zu deren Besprechung sich die Vertreter versammelt haben, nicht weniger stark sind als die militärischen.

W.V. London, 2. Juli. (Nicht amtlich.) Nach einer Neutermelung wurde auf der parlamentarischen Konferenz der Alliierten beantragt, die beteiligten Regierungen sollten entsprechende Maßnahmen gegen die deutsche Verschwörung zur Beherrschung des Welt Handels, gegen das Dumping-System, Handelsespionage und andere Praktiken ergreifen.

Berfahrt.

Berlin, 2. Juli. (W.V. Amtlich.) Im Mittelmeer verankert unsere U-Boote vier Dampfer von rund 15 000 Bruttoregistertonnen.

W.V. Amsterdam, 3. Juli. (Nicht amtlich.) Nach Meldung des Neuterlichen Büros aus Washington hat ein deutsches U-Boot den belgischen Dampfer „Gillier“ (9866 B.R.L.) 400 Meilen von der atlantischen Küste am 21. Juni versenkt.

W.V. Stockholm, 3. Juli. (Nicht amtlich.) Wie „Allerhand“ aus Göttingen erfährt, ist der schwedische Dampfer „Crefland“ (2756 B.R.L.) auf der Reise nach London versenkt worden.

Kriegsgefangenen-Konferenz.

W.V. Haag, 3. Juli. (Nicht amtlich.) Das Corr-Büro meldet, daß die Kriegsgefangenen-Konferenz gestern ihre Verhandlungen wieder aufgenommen hat.

Die Lage in Rußland.

Moskau, 28. Juni. (W.V. Nicht amtlich.) Aus dem Gouvernement Donek sind dem Räte der Volkskommissäre dringende Telegramme über eine Hungersnot zugegangen, ebenso von den Kulebata- und den Inzerst-Werken.

Das bisherige Wahlergebnis in Petersburg ist das folgende: 406 Bolschewiki, 30 Bolschewiki-Anhänger, 51 linke Sozialrevolutionäre, 19 rechte Sozialrevolutionäre und 29 Menscheviki.

Berlin, 3. Juli. (Privatmeldung.) Aus Basel wird laut „L.A.“ berichtet: Die Londoner „Times“ meldet aus Moskau, daß die Sowjetwahlen ganz Rußlands den Bolschewiki 92 Prozent aller abgegebenen Stimmen zugeführt haben.

Haag, 3. Juli. „Daily Chronicle“ meldet aus Stockholm: Deutschland hat nicht nur die Entwaflnung, sondern auch die Auslieferung der Tschecho-Slowaken gefordert.

Im Gouvernement Samara ist die Bolschewiki-Regierung gestürzt. Einige Mitglieder der konstituierenden Versammlung haben eine vorläufige Regierung gebildet.

nieder blickte das hübsche von nachgedunkelten Perlen umrahmte Gesichtchen einer Jüdin aus dem Fenster hervor, ein Haufen kleiner schmutziger Judenfinder mit fraisen Haaren wälzte sich schreiend im Unrat herum.

Zankel wandte sich an ihn und teilte ihm mit, daß alles geben werde, wie er es wünsche, daß May sich im Staatsgefängnis befinde, und daß er, Zankel, hoffe, eine Zusammenkunft zwischen ihnen ermöglichen zu können, obgleich die Wachen sehr schwer zu bestechen seien.

Bulba ging mit den drei Juden ins Zimmer hinauf und diese fingen wieder an, in ihrer unverständlichen Sprache miteinander zu sprechen.

„Hört, ihr Juden!“ sagte er, und in seinen Worten klang etwas von einer übermächtigen Begeisterung mit, „ihr könnt alles in der Welt, selbst vom Grunde des Meeres Holt ihr alles heraus, und schon lange heißt es im Sprichwort, daß ein Jude sich selbst wegstehlen kann, wenn er es nur will.“

„Mein, es geht wirklich nicht,“ sagte ein anderer Jude. Die drei Juden sahen einander an.

ausübende Gewalt annehme, bis die konstituierende Versammlung zusammentrete.

Moskau, 3. Juli. (W.V. Nicht amtlich.) Nach Meldungen der „Krasnaja Gazetta“ hat die Sonowjew an alle an der Murmanbahnlinie und den Nordbahnen gelegenen Sowjets und alle Organisationen dieser Bahnen folgendes Telegramm gerichtet: Am Murman gehen aufregende Dinge vor sich.

Ausland.

Die Umstände in der Schweiz. Der große Streik in Winterthur dauert fort. Wie aus Lugano gemeldet wird, ist im Kanton Tessin das Personal fast sämtlicher Nebenbahnen wegen Lohnhöherforderungen in den Ausstand getreten.

Deutsches Reich.

Eine Aufforderung zum Staatsstreik

leistet sich die schwerindustriell-alldeutsche „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Sie schreibt im Zusammenhang mit den jüngsten Vorgängen im Reichstag:

„... Und wir fragen uns nur, wie lange noch soll dieses Sathrepiel, die Kämpfe, die Herilung, die Verzächtig, die Siegeswillen, die Kampf gegen England, die Verständigung mit England, weitergehen, ohne die Grundbedingung des deutschen Sieges, d. h. die Geschlossenheit unseres Volkes auf schärfste zu beeinträchtigen.“

Fort mit dem Reichstag, her mit der Militärdiktatur: das ist der Sehnsuchtssehnen dieser gepreßten Herzen. Die „Deutschen“ sind die Annerzionisten, die Romany und Brien ersehnen, denn bekanntlich fühlen sie sich als Vorkämpfer für Recht und Ideale gegen den englischen „Göyendienst des Geldes“.

Los vom Staatssozialismus!

Die Sanitäten scheinen gewaltige Angst vor der Regelung der Zukunftswirtschaft zu haben. Kaum sind die Hamburger Reden verurteilt, so stößt eine neue rednerische Offensive gegen den Staatssozialismus von Lübeck vor.

„Vielleicht versucht man es doch,“ sagte der dritte und schielte mit ängstlichen Blicken zu den beiden andern hinüber, „bielleicht hilft Gott!“

Die drei Juden begannen nun deutsch zu sprechen, aber so sehr Bulba auch hinbrachte, er vermochte nichts zu enträtseln, er hörte nur, daß das Wort „Mardochai“ oft wiederholt wurde, sonst verstand er nichts.

„Höre, Herr,“ sagte Zankel, „wir müssen uns mit einem Manne beraten, wie es noch nie einen in der Welt gegeben hat. Er ist so weise wie Salomo, wenn er nicht hilft, so kann nichts helfen auf der ganzen Welt.“

Zankel schloß die Tür und blickte durch das kleine Fensterchen auf die schmutzige Judengasse.

„Mardochai, Mardochai!“ wiederholten. Die Juden blickten fortwährend die Straße hinab, endlich sah man in der Tat hinter einem schmutzigen Hause einen mit jüdischen Schuhen beskleideten Fuß und dann ein Paar lange Rockschöße auftauchen.

„Mardochai, Mardochai!“ schrien alle Juden wie aus einem Munde. Ein dürrer Jude, der etwas kleiner war als Zankel, aber bedeutend mehr Falten im Gesicht als dieser und eine überaus große Oberlippe hatte, näherte sich der ungeduldigen Gruppe, und alle Juden stützten auf ihn zu und suchten ihn von dem Geschehen zu unterrichten, wobei sie einander beständig unterbrachen.

Wardochai blickte unterdessen mehrermale nach dem kleinen Fensterchen hin, woraus Taras schloß, daß von ihm die Rede war, bewegte die Hände hin und her, hörte zu, unterbrach die Redenden, spie oft nach der Seite aus, schug seine Rockschöße zurück, steckte die Hände in die Taschen und holte ein Paar Klappern hervor, wobei seine abgeschabten Hosen zum Vorschein kamen.

(Fortsetzung folgt.)

Feld... itaatsf... Bahn dem... gerufen w... erkennen... Geschäftsw...

Am Bu... mann.

Bizeprä... 18 Minuten... halsplames... vertragen m...

Gegen... Bedenken, fo... fremdstämm... Dinge. Inse... hinsichtlich d... Kampffre... sde Regieru... der bei Flie... zu leben. W... nicht werde... Kindermorde... Inotpunkte... deutsche Regi... wiegen, so ba... Krieg muß a... Verteidigungs... v. Mühlmann... Reichsfinanzl... sie es auch n... fram ein C... Friedensoffen... Der waohre W... den. Das ist... politische Tat... hiele, wie bi... Gegner zu b... Volk: S. H. U... in Ehren. (M... ganz anderer... abgeklumpt... Spiegel. Es g... Sozialdemokra...

Wg. Lebi... Militärdiktatur... monn nicht d... geg: r: e: t: e: r: i: e: r: (Anzweisch... Graf Nöbden... Die Ramo... daß Esah-Lot... will die Sel... ten wissen. D... der deutschen... igtend etwas... mit den übri... Proletariat da... der Reaktion... deutsche Prolet... (Großer Lärm... Redner zur O... Bizekanale... den letzten Wo... worten. Der W... erklärt, gegen... strationen wer... sie natürlich n... der Freiheit h... Scheidemann n... gung Deutschla... weiteres unter... nach hinaus ge... zum Frieden, I... gebrochen ist. A... leitung und de... werden sollen... ein geringes W... zeseitung. Sri... werden, was fi... lebt man auch... (Sehr richtig!)... sismus reden... Reichsleitung... tragen werden... ganges des Krie... Zivilgehalt lapi... Hat des Weg... möchten, war u... Wir dienen dem... Sollen wir üse... Wir haben jege... leiblichsten und... sonlichen Freibe... Es steht außerz... ten werden bei... kommen allmäh... würde besser tu... der Bevölkerung... reden, sondern n... Ihre Unterföhu... zum Frieden ge... Wg. Graf N... unser Volk Not... immer noch eine... sein, wie auch u...

Wg. Lebi... Militärdiktatur... monn nicht d... geg: r: e: t: e: r: i: e: r: (Anzweisch... Graf Nöbden... Die Ramo... daß Esah-Lot... will die Sel... ten wissen. D... der deutschen... igtend etwas... mit den übri... Proletariat da... der Reaktion... deutsche Prolet... (Großer Lärm... Redner zur O... Bizekanale... den letzten Wo... worten. Der W... erklärt, gegen... strationen wer... sie natürlich n... der Freiheit h... Scheidemann n... gung Deutschla... weiteres unter... nach hinaus ge... zum Frieden, I... gebrochen ist. A... leitung und de... werden sollen... ein geringes W... zeseitung. Sri... werden, was fi... lebt man auch... (Sehr richtig!)... sismus reden... Reichsleitung... tragen werden... ganges des Krie... Zivilgehalt lapi... Hat des Weg... möchten, war u... Wir dienen dem... Sollen wir üse... Wir haben jege... leiblichsten und... sonlichen Freibe... Es steht außerz... ten werden bei... kommen allmäh... würde besser tu... der Bevölkerung... reden, sondern n... Ihre Unterföhu... zum Frieden ge... Wg. Graf N... unser Volk Not... immer noch eine... sein, wie auch u...

Wg. Lebi... Militärdiktatur... monn nicht d... geg: r: e: t: e: r: i: e: r: (Anzweisch... Graf Nöbden... Die Ramo... daß Esah-Lot... will die Sel... ten wissen. D... der deutschen... igtend etwas... mit den übri... Proletariat da... der Reaktion... deutsche Prolet... (Großer Lärm... Redner zur O... Bizekanale... den letzten Wo... worten. Der W... erklärt, gegen... strationen wer... sie natürlich n... der Freiheit h... Scheidemann n... gung Deutschla... weiteres unter... nach hinaus ge... zum Frieden, I... gebrochen ist. A... leitung und de... werden sollen... ein geringes W... zeseitung. Sri... werden, was fi... lebt man auch... (Sehr richtig!)... sismus reden... Reichsleitung... tragen werden... ganges des Krie... Zivilgehalt lapi... Hat des Weg... möchten, war u... Wir dienen dem... Sollen wir üse... Wir haben jege... leiblichsten und... sonlichen Freibe... Es steht außerz... ten werden bei... kommen allmäh... würde besser tu... der Bevölkerung... reden, sondern n... Ihre Unterföhu... zum Frieden ge... Wg. Graf N... unser Volk Not... immer noch eine... sein, wie auch u...

Wg. Lebi... Militärdiktatur... monn nicht d... geg: r: e: t: e: r: i: e: r: (Anzweisch... Graf Nöbden... Die Ramo... daß Esah-Lot... will die Sel... ten wissen. D... der deutschen... igtend etwas... mit den übri... Proletariat da... der Reaktion... deutsche Prolet... (Großer Lärm... Redner zur O... Bizekanale... den letzten Wo... worten. Der W... erklärt, gegen... strationen wer... sie natürlich n... der Freiheit h... Scheidemann n... gung Deutschla... weiteres unter... nach hinaus ge... zum Frieden, I... gebrochen ist. A... leitung und de... werden sollen... ein geringes W... zeseitung. Sri... werden, was fi... lebt man auch... (Sehr richtig!)... sismus reden... Reichsleitung... tragen werden... ganges des Krie... Zivilgehalt lapi... Hat des Weg... möchten, war u... Wir dienen dem... Sollen wir üse... Wir haben jege... leiblichsten und... sonlichen Freibe... Es steht außerz... ten werden bei... kommen allmäh... würde besser tu... der Bevölkerung... reden, sondern n... Ihre Unterföhu... zum Frieden ge... Wg. Graf N... unser Volk Not... immer noch eine... sein, wie auch u...

Wg. Lebi... Militärdiktatur... monn nicht d... geg: r: e: t: e: r: i: e: r: (Anzweisch... Graf Nöbden... Die Ramo... daß Esah-Lot... will die Sel... ten wissen. D... der deutschen... igtend etwas... mit den übri... Proletariat da... der Reaktion... deutsche Prolet... (Großer Lärm... Redner zur O... Bizekanale... den letzten Wo... worten. Der W... erklärt, gegen... strationen wer... sie natürlich n... der Freiheit h... Scheidemann n... gung Deutschla... weiteres unter... nach hinaus ge... zum Frieden, I... gebrochen ist. A... leitung und de... werden sollen... ein geringes W... zeseitung. Sri... werden, was fi... lebt man auch... (Sehr richtig!)... sismus reden... Reichsleitung... tragen werden... ganges des Krie... Zivilgehalt lapi... Hat des Weg... möchten, war u... Wir dienen dem... Sollen wir üse... Wir haben jege... leiblichsten und... sonlichen Freibe... Es steht außerz... ten werden bei... kommen allmäh... würde besser tu... der Bevölkerung... reden, sondern n... Ihre Unterföhu... zum Frieden ge... Wg. Graf N... unser Volk Not... immer noch eine... sein, wie auch u...

Felderer von Lübeck eine Rede, in der er in den Hamburger Ruf einstimmt: „Los von Berlin, los von der staatssozialistischen Kriegswirtschaft, freie Bahn dem freien Handel!“ Man müsse es dankbar begrüßen, daß die Deutsch-Finnländische Vereinigung ins Leben gerufen worden sei, denn die Berichte aus Finnland ließen erkennen, mit welcher rührenden Anhänglichkeit die finnische Geschäftswelt sich mit unserer Geschäftswelt verknüpft fühle.

Die alten, langjährigen Kunden in Finnland hätten den Wunsch, wieder mit ihren Geschäftsfreunden in den Hansestädten in Verbindung zu treten. Dieser Verkehr könne nicht paragrafisiert werden. Dem freien Handel gebühre ein freier Weg. Was dem Handel „gebührt“, darüber werden die Hanse glücklicherweise nicht allein entscheiden!

unser Mitglieder und Freunde, dies beachten zu wollen mit der Bitte, schon jetzt für die Versammlung zu agitieren und den Samstag Abend frei zu halten.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht Karlsruhe.

Karlsruhe, 2. Juli. Der vierte und letzte Fall der Schwurgerichtsperiode im zweiten Vierteljahre hatte sich mit einer Lohnabtreibungsangelegenheit zu befassen. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Dr. Engler. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Der 41jährige Viehhändler Julius Benjamin aus Königsbach hatte im Jahre 1900 eine vermögende Frau geheiratet. Er lebte jedoch leichtfertig, so daß er bald sein Vermögen durchgebracht hatte und in Konkurs geriet. Auf seinen Geschäftstouren machte er auch Spritzfahrten mit Kellnerinnen und anderen Frauenpersonen nach Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe. In Pforzheim, wo er häufig geschäftlich tätig war, lernte er in einer Familie, mit der er geschäftliche Beziehungen hatte, ein Mädchen kennen, mit dem er unter Anwendung drakonischer Mittel ein Verhältnis begann. Das Mädchen war im Jahre 1892 geboren, war seit 1913 Kabinettmädchen in einer Pforzheimer Fabrik und besaß einen sehr guten Leumund. Als Benjamin erfuhr, daß das Mädchen sich von ihm schwanger fühle, schickte er die Ehefrau Viktor Maier, Sophie Matzke geb. Bösch zu ihm, um es zu veranlassen zu einer Hebamme zu gehen, um von dieser sich behandeln zu lassen. Benjamin bewendete neben Verprechungen von Geldbelohnungen auch Drohungen dazu, um die Frau Maier zu veranlassen, seinen Auftrag zu erledigen. Frau Maier führte das Mädchen dann zu der Hebamme Julius Engelsberger Witwe, Juliane Christiane geb. Augenstein in Pforzheim, die 71 Jahre alt ist und als erfahrene Hebamme gilt. Die Hebamme nahm nun an dem Mädchen verbotene Eingriffe vor, die den gewünschten Erfolg hatten, aber auch den Tod des Mädchens herbeiführten. Für ihre Hilfeleistung ließ sie sich das Honorar von 50 Mk. bezahlen. Als das Mädchen gestorben war, wurde die Engelsberger in Untersuchung genommen und bei einer Hausdurchsuchung fand man unter ihren Papieren einen Brief des Küchenmeisters Johannes Stüves aus Krefeld. Dieser hatte die Köchin Helene Währ aus Eisenach, die er in Bad Ems kennen gelernt hatte und mit der er seither ein Liebesverhältnis unterhielt, der Engelsberger zur Behandlung anvertraut. Auf den Brief des Stüves war die Engelsberger nach Schömberg in Württemberg gekommen, wo Stüves und die Währ sich in Stellung befanden. Sie hatte auch eine Operation an der Währ vorgenommen und die Währ besuchte die Engelsberger darauf ein Zeit lang in Pforzheim. Später blieb sie jedoch weg. Auf ihre Witten suchte Stüves im Adreßbuch nach einer neuen Hebamme und fand diese in der Person der Ehefrau Karl Sülze, Anna geb. Lenz aus Ulm a. d. Donau, die in Pforzheim ihres Amtes waltete. Ihr vertraute sich die Währ an und Frau Sülze arbeitete dann mit dem gewünschten Erfolge. Zu der Verhandlung war ein großer Zeugenapparat aufgebildet, das Gericht hatte 21 Zeugen und einen Sachverständigen laden lassen, außerdem hatten die Angeklagten noch eine Anzahl Entlastungszeugen mitgebracht. Assessor Dr. Schörlin, plädierte auf Beurteilung der Angeklagten im Sinne der Anklage. Die Verteidiger der Angeklagten verurteilten die Taten ihrer Mandanten in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Nach der Rechtsbelehrung und einer langen Beratung verurteilte der Obmann den Wahrspruch der Geschworenen, auf Grund dessen das Gericht die Witwe Engelsberger zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahr 10 Monaten, abzüglich 6 Monaten Untersuchungshaft, die Ehefrau Maier zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 6 Monaten Untersuchungshaft, den Benjamin zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 4 Monaten Untersuchungshaft, die Helene Währ zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft, die Ehefrau Sülze zu 9 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft, den Stüves zu 3 Monaten Gefängnis, abzüglich 2 Monaten Untersuchungshaft verurteilte. Sämtliche Angeklagte wurden auf freien Fuß gesetzt. — Damit war die Tagesordnung des Schwurgerichtes erschöpft und der Vorsitzende entließ die Geschworenen in die Heimat.

Etat und Friedensvertrag mit Rumänien.

Berlin, 3. Juli.

Am Bundesratsstische v. Payer, v. Capelle, Waltraf, v. Kuhlmann. Vizepräsident Dr. Dove eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 18 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung des Haushaltsplanes in Verbindung mit der zweiten Lesung des Friedensvertrages mit Rumänien.

Abg. Scheidemann (Soz.): Gegen einzelne Punkte des Friedensvertrages haben wir Bedenken, so gegen die Döbrudschfrage, die Angelegenheit der fremdstämmigen und auch gegen die Regelung wirtschaftlicher Dinge. Unsere endgültige Stellungnahme behalten wir uns vor. Hinsichtlich des Schutzes offener Städte hinter der Kampffront gegen Fliegerangriffe muß die deutsche Regierung die Initiative ergreifen. England stellt die Leichen der bei Fliegerangriffen Getöteten aus, um die Kriegsstimmung zu heben. Bei uns darf nichts über solche Vorkommnisse veröffentlicht werden. Welchen Sinn soll dieses wahrnimmige Frauen- und Kindermorden haben? Munitionsfabriken oder wichtige Bahnnotenpunkte sind bei uns noch nicht getroffen worden. Wird die deutsche Regierung mit dieser Anregung von den Feinden abgewiesen, so haben wir wenigstens einen moralischen Erfolg. Der Krieg muß auch für Deutschland den Charakter als nationaler Verteidigungskrieg behalten. Die Auffassung, die Staatssekretär v. Kuhlmann ausgesprochen hat, wird von allen ehemaligen Reichstagsmitgliedern, Staatssekretären und Diplomaten geteilt, wenn sie es auch nicht sagen. Machen wir mit dem ganzen Lügenstram ein Ende, wir können es. Lassen wir an die Stelle der Friedensoffensive eine Offensive der Wahrheit treten. Der wahre Weltfrieden kann nicht durch das Schwert erreicht werden. Das ist nur möglich durch die Umbildung der Geister, die politische Tat. Wir wünschen eine Regierung, die auf ihrem Wesen, wie die Heeresleitung auf dem ihrigen, es versteht, ihre Gegner zu besiegen. Jetzt geht nur der eine Punkt durch das Volk: Schluß! (Zuruf rechts.) Auch wir wollen einen Schluß in Ehren. (Rufe rechts: Wir auch!) Ihre Forderung geht aber in ganz anderer Richtung. Das Volk ist gegen die Stimmungsstunde abgestumpft. Seien Sie sich klar darüber, es steht viel auf dem Spiele. Es geht um das Leben von Millionen. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

bracht hat, ist nicht die Politik der Sozialdemokraten und das Friedensangebot, sondern lediglich der militärische Erfolg. (Weifall.) Nur die Siege zu Lande und unter See können England und die übrige Welt zur Friedensbereitschaft bringen. Die Regierung darf nicht angesehen werden als Vollzugsausschuß des Parlaments und der Sozialdemokratie. Wenn Scheidemanns Reden längst vergessen sein werden, werden Hindenburgs Taten noch lange im deutschen Volke weiterleben. (Weifall.)

Abg. Dr. Thoma (Nat.): Unsere Feinde wollen keinen Frieden, aus dem Deutschland mit Ehren hervorgeht. Was deutsch war, muß deutsch bleiben. Erklärt sich England, dann kommen wir dem Frieden näher. Wir dürfen diesen Schluß in Ehren aber auch nicht so verstehen, daß wir in allem nachgeben, und die Feinde dadurch das erreichen, was ihr Schwert nicht erlangen konnte. Wir wollen ein verständnisvolles Zusammenarbeiten bis zu einem Schluß in Ehren.

Abg. Scheidemann (Soz.): Wer hinderte die Auflösung des Abgeordnetenhauses? Wer hält den Belagerungszustand aufrecht? Was macht den Schuß der Schußhaffler illusorisch? Wer hat die Wiederkehr der litauischen Abordnung nach Berlin verboten? Wer hat die Rede Kuhlmanns genurirt? Alles die Oberste Heeresleitung. Zum verständnisvollen Zusammenarbeiten mit der Regierung ist volle Klarheit in der Friedensfrage notwendig.

Abg. Ledebour (L. S.): Wer hat das Anstehungsverbot in Rumänien kommandiert? Die Oberste Heeresleitung. Das ist ein Eingriff in die Selbstverwaltung. Helfen kann allein ein allgemeiner Waffenstreik.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Eingelerörterung wird der Etat des Reichstags ohne Aussprache bewilligt. Beim Etat des Reichstags fordert Abg. Latzowski (Pole) Berücksichtigung der Wünsche des polnischen Volkes bei der Neugestaltung Polens. Die Friedenshandbrücke, solange sie den Stahlhandhieb anhebe. Die Aufhebung des Sprachenparagrafen nütze nichts, solange der Belagerungszustand die öffentlichen Versammlungen verhindere.

Beim Etat des Auswärtigen Amtes wird der Friedensvertrag mit Rumänien mitverhandelt.

Abg. Frhr. v. Nöthofen (Nat.) erstattet den Bericht des Ausschusses und empfiehlt unveränderte Annahme der Verträge.

Abg. Graf Prejschna (Centr.): Die Abrechnung mit den Kriegsgeldern können wir jetzt Rumänien selbst überlassen. Für uns muß die Wahrung des eigenen Interesses maßgebend sein. Einzelne Bestimmungen der Verträge sind für uns vorteilhafter als Kriegenschiedsbedingungen.

Abg. Thoma (Nat.): Die schonlose Behandlung deutscher Kriegsgefangenen in Rumänien wird Rumänien für alle Zeiten zur Schande gereichen und verlangt strengste Sühne. Die dritte bayerische Infanteriebrigade hat besonders darunter gelitten. Gesundheitslich wurde für die Gefangenen gar nicht geforgt. Schwere Krankheiten, Hungerphypus, verzweifelte Fluchtversuche und Selbstmorde waren an der Tagesordnung.

Die Vertreter der neutralen Länder haben Gutes geleistet, leider aber zu spät. Die Regierung hat beim Eintreffen der ersten Nachrichten völlig versagt. Spätestens am dritten Tage hätte eingegriffen werden müssen. Als Amerika noch unsere Schutzmacht war, ist zum Schutze der deutschen Kriegsgefangenen nichts geschehen entgegen den damaligen Mitteilungen der Regierung.

Abg. Dr. Wöste (Konf.): Wir müssen Sühne verlangen für Greuelthaten, um auch auf die übrigen feindlichen Staaten abschreckend zu wirken. Die Verträge stellen keine ausreichende Entschädigung dar. Im Gegenteil, Rumänien werden große wirtschaftliche Vorteile eingeräumt.

Oberst v. Franke: Die Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen war infolge des schleunigen Rückzuges der rumänischen Armee sehr schwer. Jetzt wird die Zahl der dort gestorbenen Deutschen festgestellt. So hoch, wie man annimmt, ist sie nicht.

Ministerialdirektor Dr. Krieger: Beide Forderungen, Sühne und Entschädigung, werden erreicht. Die Entschädigung steht bevor, bezüglich der Sühne hatte die rumänische Regierung bereits Schritte unternommen, als wir vorstellig wurden. Wie gegen Rumänien werden wir gegebenenfalls auch gegen andere feindliche Länder vorgehen, eventuell gegen Frankreich. (Bravo!)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt. — Schluß 9 Uhr.

Wieder 15 Milliarden. Dem Reichstage ist ein neuer Kriegskredit zugestanden. Es wurden 15 Milliarden als Nachtrag zum Reichsetat für 1918 gefordert, die durch Anleihen gedeckt werden sollen.

Aus der Partei.

Sozialdem. Verein des 9. bad. Wahlkreises: Pforzheim, Durlach, Ettlingen, Gernsbach.

Die Mitgliedschaften erhielten das Material zur Abrechnung für das 1. Quartal zugesandt. Wir eruchen dringend, die Abrechnung zu beschleunigen und spätestens bis 14. Juli abzuliefern. Wie aus unserem letzten Rundschreiben ersichtlich, findet am 14. Juli nachmittags in Durlach eine Kreisversammlung statt. Diese wird unzulänglich nicht im „Schwanen“, sondern im Gasthaus zum „Lamm“ stattfinden. Es wird gewünscht, daß jede Mitgliedschaft auf dieser Konferenz vertreten ist.

Der Kreisvorstand.

s. Kleinfeinbach, 4. Juli. Samstag Abend, 6. ds. Mts., findet im „Dühen“ eine Parteiverammlung statt. Da die wichtigsten Fragen Parteitag und Wahlkreisversammlung besprochen werden, ist das Erscheinen aller Genossen erwünscht.

r. Ettlingen, 3. Juli. Sozialdem. Verein. Die auf Samstag, 6. Juli anberaumte Versammlung findet unzulänglich am Samstag, 13. Juli statt. Wir eruchen

Abg. Ledebour (L. S.): Bei uns regiert immer noch die Militarismarilla. Das eigenartige ist, daß Staatssekretär v. Kuhlmann nicht die Konsequenzen aus dem, der Kamarilla entgegengekehrten Worten zog. (Zugewinkeln sind am Bundesratsstische die Staatssekretäre Graf Nöthern Dr. Solf und v. Stern erschienen.) Die Kamarilla zeigt sich auch in dem Wort Hindenburgs, daß Eschsch-Bohringen an Preußen fallen müsse. Der Reichstag will die Selbständigkeit Eschsch-Bohringens erhalten wissen. Die ukrainische Politik zeigt die Unfähigkeit der deutschen Regierung und ihrer militärischen Hintermänner, irgend etwas durchzuführen, was die Ausöhnung Deutschlands mit den übrigen Völkern herbeiführen könnte. Kein deutscher Proletarier darf die Hand dazu bieten, Waffen zu schaffen, die der Reaktion in Rußland zum Siege verhelfen. Ich rufe das deutsche Proletariat von dieser Stelle aus zur Revolution auf. (Großer Lärm bei der Mehrheit. Präsident Behrensdorf ruft den Redner zur Ordnung.)

Vizekanzler v. Payer: Ich habe angesichts des Ordnungsrufes den letzten Worten des Abg. Ledebours gegenüber nichts zu antworten. Der Abg. Scheidemann hat, wenn ich richtig gehört habe, erklärt, gegen den Etat stimmen zu wollen. Diese Demonstrationen werden wir ertragen müssen. Praktische Folgen haben sie natürlich nicht. Der Sache des Vaterlandes, des Volkes und der Freiheit hat er damit nicht genügt. Die Forderung des Abg. Scheidemann nach einem ehrenvollen Frieden ohne Veinträchtigung Deutschlands bei den Friedensbedingungen können wir ohne weiteres unterschreiben. Wir sind über diese Formulierung sogar noch hinaus gegangen. (Zuruf: Rußland!) Wir kommen nicht zum Frieden, bevor nicht der Wille Englands, uns zu vernichten, gebrochen ist. Die Differenzierung zwischen der Obersten Heeresleitung und der zivilen Reichsleitung hätte nicht ausgesprochen werden sollen. (Lachen.) Diese Schilderung ist falsch und befundet ein geringes Maß von Dankbarkeit gegenüber der Obersten Heeresleitung. Kritisiert man sie auch, so darf doch nicht vergessen werden, was sie für Deutschland getan hat. (Bravo!) Damit verleiht man auch das Gefühl weiter Kreise des deutschen Volkes. (Sehr richtig.) Wie kann man bei uns von militärischem Absolutismus reden. Meinungsverschiedenheiten zwischen der zivilen Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung müssen ausgeglichen werden unter dem Gesichtspunkte eines siegreichen Ausgangs des Krieges. Wo sind die Ereignisse, die bezeugen, daß die Zivilgewalt kapituliert hat vor der Obersten Heeresleitung? Der Rat des Abg. Scheidemann, daß wir uns baldigst zurückziehen möchten, war unangebracht. Zum Vergnügen sitzen wir nicht hier. Wir dienen dem Vaterlande in seiner schwersten Zeit. (Bravo!)

Sollen wir über den Kopf der Heeresleitung Politik treiben? Wir haben sehr wohl ein Herz für die Not des Volkes, für die leidlichsten und auch die geistigen. Gewisse Beschränkungen der persönlichen Freiheit muß sich jeder gefallen lassen. Es ist richtig: Es steht außerordentlich viel auf dem Spiele. Schären und Gärten werden beseitigt. Verbesserungen sind schon eingetreten. Wir kommen allmählich in erträglichere Verhältnisse hinein. Man würde besser tun, wenn man ab und zu an die Opferwilligkeit der Bevölkerung appelliert. Wir sollten uns nicht auseinanderreden, sondern wir sollten zusammenarbeiten. Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung in unserem Kampf bis zum Siege, bis wir zum Frieden gekommen sind. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Konf.): England hat allein Schuld, wenn unser Volk Not und Entbehrungen tragen muß. Wir führen immer noch einen Verteidigungskrieg. Wir verteidigen unser Dasein, wie auch unsere Zukunft. Was uns dem Frieden näher ae-

hört hat, ist nicht die Politik der Sozialdemokraten und das Friedensangebot, sondern lediglich der militärische Erfolg. (Weifall.) Nur die Siege zu Lande und unter See können England und die übrige Welt zur Friedensbereitschaft bringen. Die Regierung darf nicht angesehen werden als Vollzugsausschuß des Parlaments und der Sozialdemokratie. Wenn Scheidemanns Reden längst vergessen sein werden, werden Hindenburgs Taten noch lange im deutschen Volke weiterleben. (Weifall.)

Abg. Dr. Thoma (Nat.): Unsere Feinde wollen keinen Frieden, aus dem Deutschland mit Ehren hervorgeht. Was deutsch war, muß deutsch bleiben. Erklärt sich England, dann kommen wir dem Frieden näher. Wir dürfen diesen Schluß in Ehren aber auch nicht so verstehen, daß wir in allem nachgeben, und die Feinde dadurch das erreichen, was ihr Schwert nicht erlangen konnte. Wir wollen ein verständnisvolles Zusammenarbeiten bis zu einem Schluß in Ehren.

Abg. Scheidemann (Soz.): Gegen einzelne Punkte des Friedensvertrages haben wir Bedenken, so gegen die Döbrudschfrage, die Angelegenheit der fremdstämmigen und auch gegen die Regelung wirtschaftlicher Dinge. Unsere endgültige Stellungnahme behalten wir uns vor. Hinsichtlich des Schutzes offener Städte hinter der Kampffront gegen Fliegerangriffe muß die deutsche Regierung die Initiative ergreifen. England stellt die Leichen der bei Fliegerangriffen Getöteten aus, um die Kriegsstimmung zu heben. Bei uns darf nichts über solche Vorkommnisse veröffentlicht werden. Welchen Sinn soll dieses wahrnimmige Frauen- und Kindermorden haben? Munitionsfabriken oder wichtige Bahnnotenpunkte sind bei uns noch nicht getroffen worden. Wird die deutsche Regierung mit dieser Anregung von den Feinden abgewiesen, so haben wir wenigstens einen moralischen Erfolg. Der Krieg muß auch für Deutschland den Charakter als nationaler Verteidigungskrieg behalten. Die Auffassung, die Staatssekretär v. Kuhlmann ausgesprochen hat, wird von allen ehemaligen Reichstagsmitgliedern, Staatssekretären und Diplomaten geteilt, wenn sie es auch nicht sagen. Machen wir mit dem ganzen Lügenstram ein Ende, wir können es. Lassen wir an die Stelle der Friedensoffensive eine Offensive der Wahrheit treten. Der wahre Weltfrieden kann nicht durch das Schwert erreicht werden. Das ist nur möglich durch die Umbildung der Geister, die politische Tat. Wir wünschen eine Regierung, die auf ihrem Wesen, wie die Heeresleitung auf dem ihrigen, es versteht, ihre Gegner zu besiegen. Jetzt geht nur der eine Punkt durch das Volk: Schluß! (Zuruf rechts.) Auch wir wollen einen Schluß in Ehren. (Rufe rechts: Wir auch!) Ihre Forderung geht aber in ganz anderer Richtung. Das Volk ist gegen die Stimmungsstunde abgestumpft. Seien Sie sich klar darüber, es steht viel auf dem Spiele. Es geht um das Leben von Millionen. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Aus aller Welt.

Die „spanische“ Krankheit. Die „Rostige Zeitung“ meldet: Die spanische Krankheit nahm in Süddeutschland einen großen Umfang an. Sie tritt in den meisten Städten auf und erreicht zurzeit in Karlsruhe, Mannheim und Ludwigsbafen den Höhepunkt, wo ein Drittel oder noch höherer Prozentsatz der Bevölkerung von ihr ergriffen wurde. Soweit bis jetzt bekannt geworden ist, nimmt die Krankheit einen gutartigen Verlauf. Im Straßenbahn- und Postwesen sind seit gestern infolge der Massenkrankungen Störungen zu verzeichnen. Desgleichen in München, wo auch von der Schutzmannschaft 65 Mann sich in Behandlung befinden. Ueberhaupt sind am meisten jene Leute erkrankt, die der Beruf in größerer Zahl vereinigt. Auch im Saargebiet, in Bonn und Koblenz sind viele Personen von der Epidemie ergriffen, desgleichen in Thüringen, im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. und Götting. Nach einer Meldung aus Bern tritt die Krankheit neuerdings auch in Bern auf. In Berlin sind im Rudolf Virchow-Krankenhaus eine größere Anzahl neuer Fälle gemeldet, doch tritt die Krankheit in Berlin wesentlich leichter auf als in Süddeutschland. V. fehlt hier die aus Süddeutschland allgemein gemeldete Anfangsform, das Erbrechen.

Nach einer Meldung des „Nieuwe Courant“ aus London greift auch in England die neue spanische Krankheit stark um sich. Der Charakter der Krankheit bleibt gutartig, es besteht aber die Gefahr, daß bei anfänglicher Vernachlässigung Komplikationen in Form von Bronche Pneumonie und Meningitis eintreten. In London haben die großen Cühhäuser und die Westendmagazine stark unter der Krankheit zu leiden. In Dudley sind 4000 Kinder erkrankt und alle Schulen geschlossen. In der Industrie namentlich in Birmingham besteht die Gefahr eines ernstlichen Mangels an Arbeitskräften. Die Zahl der Todesfälle infolge der neuen Krankheit hat gestern zugenommen.

Bräuterkentfälschungen. In Hannover sind 80 Personen, darunter Väckermeister aus Hannover und Linden wegen Bräuterkentfälschungen verhaftet worden.

Explosion in England. Eine ernste Explosion ereignete sich in der Nacht vom 1. Juli in der Granatfälschfabrik von Midlands 60 bis 70 Personen wurden getötet. Die Arbeit wird in einigen Tagen wieder aufgenommen werden.

Die Gefahr der Mietssteigerungen.

Von Dr. Bittel, Karlsruhe.

(Schluß.)

Es ist bekannt, was für Fälle unerhörter Mietssteigerungen am Teil schon vorgekommen sind. Wenn in Berlin Mieter genötigt wurden, kurzfristige Kündigungslöse Verträge abzuschließen, damit die Anrufung des Mieteinigungsamtes verhindert wird; oder wenn in jeder regelrechte Wohnungsbauversteigerungen stattfinden, wo bei der vorhandenen Wohnungsbauwohnung von 208 auf 380 M. getrieben worden sein soll; oder wenn es in einem Hausverkaufs-Ausschreiben heißt, daß sich „sämtliche Mieten erheblich steigern lassen“, so sind das höchst bedenkliche Fälle, gegen die in erster Linie der reelle Hausbesitz selbst Front machen sollte.

Ein verbesserter weitergehender Mieterschutz wurde in Deutschland bezirksweise schon durchgeführt. So hat das stellv. Generalkommando des 3. A.-K. schon im März 1918 für Nürnberg einen erfreulichen Rechtszustand geschaffen, indem eine Art Genehmigungspflicht für Mieterhöhungen eingeführt wurde. Dieser Mieterschutz soll für ganz Bayern eingeführt werden. Vor allem aber ist auf die vorbildlichen Erlasse des stellv. Generals des 2. A.-K. in Stettin vom April 1918 hinzuweisen, wonach im ganzen Korpsbezirk Mietssteigerungen nur mit Genehmigung des Mieteinigungsamtes gestattet sind. Der erste Erlass vom 5. April hatte sogar rückwirkende Kraft, indem die Vermieter verpflichtet wurden, die Mieter für den Mietzins, welcher bis Ende Februar zu zahlen war, zunächst bis Ende September wohnen zu lassen; es sei denn, daß eine schriftliche Genehmigung erteilt werde. Zuwiderhandlungen werden mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Hierzu kam dann am 30. April folgende weitreichende Verordnung:

„Dem stellv. Generalkommando gehen fortgesetzt Klagen zu, daß eine ungewöhnlich große Zahl von Wohnungen zum 1. Oktober 1918 den Mietern gekündigt wird, um sie zu einem höheren Mietzins weiter zu vermieten. Es wird deshalb nunmehr auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand im Interesse der öffentlichen Sicherheit für den Korpsbereich des 2. Armeekorps folgendes bestimmt:

Kündigungen von Wohnungen und zwar gleichgültig, ob deren jährlicher Mietzins 1000 Mark übersteigt oder nicht, sind bis auf weiteres nur zulässig, wenn das Mieteinigungsamt (bzw. die Polizeiverwaltung) und gleichgültig, ob sie eine Steigerung des Mietzins bezwecken oder nicht, die Genehmigung zur Kündigung erteilt hat. Die Genehmigung ist zu verweigern, wenn kein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt...“

Auch für Baden ist ein derartig wirksamer Mieterschutz zur eiligen Notwendigkeit geworden! Der von dem Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, Bezirksausschuß Karlsruhe, am 5. Juni gemachten Eingabe an das stellv. Generalkommando des 14. A.-K. ist durchaus zuzustimmen. Es ist dort vorgeschlagen, daß jeder Wohnungsvormieter zu jeder Steigerung oder Kündigung die schriftliche Genehmigung des Wohnungsamtes bzw. Mieteinigungsamtes vorher einzuholen hat. Er soll dort die Genehmigung erhalten, sofern einwandfrei nachgewiesen werden kann, daß die Mietsteigerung tatsächlich in höheren Lasten begründet oder die

Kündigung gerechtfertigt ist. Der Mieter braucht eine Steigerung oder Kündigung nur anzunehmen, wenn der Vermieter die schriftliche Genehmigung des Amtes für den Einzelfall vorweist. Hierdurch werden nur begründete, angemessene Mietssteigerungen möglich.

Die große Gefahr der allgemeinen Mietssteigerungen liegt vor allem auch darin, daß während wohl die Preissteigerung anderer Waren nach dem Kriege bald wieder abgebaut werden kann, die einmal erhöhten Mieten sich sehr viel schwieriger oder überhaupt nicht mehr beseitigen lassen werden. Gerade in der Uebergangswirtschaft werden auf dem Wohnungsmarkt recht unerwünschte Verhältnisse eintreten, und in erster Linie werden die kriegsreichen Familien und die heimkehrenden Krieger unter der Wohnungssteuerung und Wohnungsnot zu leiden haben. Die „Höchstpreise“, die auf anderen Gebieten während der Kriegszeit für notwendige Bedarfsartikel geschaffen worden sind, müssen daher jetzt auch in der vorgeschlagenen Weise für den Artikel „Wohnung“ kommen. Das weitere Hinausdrängen oder Unterlassen einer derartigen Maßnahme, die ja lediglich das auf dem Nahrungsmittelmarkt schon lange Geschaffene nun auch auf die Wohnungen entsprechend ausdehnen würde, könnte unabsehbare Folgen haben. Es ist dringend darauf zu warnen: „erst abzuwarten, wie und in welchem Umfang sich die Mietssteigerungen da und dort gestalten werden. Dann ist es zu spät! Vorbeugender Schutz heißt die berechnete Forderung der Mieter. Da die Zeit drängt und die öffentliche Ordnung bedroht ist, kann allein eine militärische Anordnung die schnelle Hilfe bringen, wie sie anderorts bereits gebracht ist.“

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 4. Juli.

Sozialdemokratischer Verein. Die gestrige Versammlung im „Auerhahn“ befaßte sich mit der Stellungnahme zum badischen Parteitag. Genosse Abele berichtete über die Stellung des Vorstandes, der in einer vorhergehenden Sitzung diesen Punkt behandelte. Die Tagesordnung des badischen Parteitages in Offenburg am 20. und 21. Juli hat nicht allgemein befriedigt. Wenn auch anzunehmen ist, daß das Programm nur scheinbar ein Geschäftsprogramm ist, da im Rahmen der parlamentarischen Berichterstattung ja alles, was in so mancherlei Hinsicht zu sagen wäre, behandelt werden könne, so sei der Vorstand doch geneigt, dem Vorschlag der Freiburger „Volkswacht“ beizutreten, die Ernährungsfrage als besonderen Punkt zu behandeln. Die Materie sei so wichtig, daß eine gesonderte Behandlung dringend notwendig ist. Der geplante Erhöhung der Mitgliedsbeiträge von 10 auf 15 Pfg. wöchentlich für männliche und von 5 auf 10 Pfg. wöchentlich für weibliche Mitglieder ist man gewillt, zuzustimmen. Nur sei man für einen anderen Verteilungsmodus, damit in Zukunft den Orts- und Kreisstellen etwas mehr Mittel verbleiben. Der Vorstand schlägt vor, die Verteilung wie folgt vorzunehmen: männliche Beiträge 15 Pfg., Parteivorstand Berlin 20 Proz. = 3 Pfg., Landesvorstand 26½ Proz. = 4 Pfg., Kreisliste 26½ Proz. = 4 Pfg., Ortsliste 26½ Proz. = 4 Pfg.; weibliche Beiträge: Parteivorstand Berlin 20 Proz. = 2 Pfg., Landesvorstand 20 Proz. = 2 Pfg., Kreisliste 30 Proz. = 3 Pfg., Ortsliste 30 Proz. = 3 Pfg. Nach einer kurzen Debatte stimmte die Versammlung dem Vorschlag des Vorstandes

hinsichtlich der Aenderung des Verteilungsmodus einstimmig zu und unterstützte ebenso seinen Vorschlag die Ernährungsfrage auf dem Parteitag als besonderen Punkt zu behandeln. Als Delegierte zum Parteitag wurden hierauf die Genossen Abele, Kreier, Fißler und Mährlein, sowie Genossin Hug gewählt. Der weiterhin beabsichtigte Vortrag „Verzicht über die Tätigkeit des Landtages“ mußte wegen Unpäßlichkeit des Referenten Gen. Marum abgesetzt bzw. verschoben werden. Infolgedessen konnte die Versammlung von dem Vorsitzenden Gen. Fißler schon um 10 Uhr geschlossen werden.

Arbeiter-Jugend. Heute Abend Zusammenkunft im Lokal „Gambirinskalle“.

Straßenbahn-Spätwagen. Im Anzeigenteil dieses Blattes finden die Leser den neuen Fahrplan der Spätwagen auf Linie 1 (Rheinhafen-Durlach).

Die Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit hat ihren Jahresbericht erscheinen lassen. (Siehe Anzeigenteil.) Danach hat der Zugang an Versicherungen wieder zugenommen, die Kriegserbeseitigung sind zurückgegangen. Neue Versicherungsanträge wurden angenommen: 3277 über 25 517 400 M. Durch den Tod wurden 13 340 332 M., durch Erlöschen des bedungenen Erbalters 9 688 517 M. ausbezahlt. Die Jahreseinnahme der Lebensversicherung stieg auf 44 702 970 M. Das Gesamtvermögen der Anstalt beträgt 842 371 780 M.

Großh. Hoftheater. Am Dienstag, den 9. Juli findet zur Feier des Geburtsfestes des Großherzogs im Hoftheater ein Festkonzert statt. Beginn 7½ Uhr.

Unfall. Aus Unvorsichtigkeit lief heute früh 3 Uhr ein hier wohnhafter Hilfskaffner auf dem hiesigen Hauptbahnhof gegen einen rangierenden Zug und wurde überfahren. Dabei wurde ihm der rechte Unterschenkel abgefahren; auch erlitt er eine Verletzung am Kopfe. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er nach dem Krankenhaus verbracht.

Briefkasten der Redaktion.

B. R. Der Dorelyfelsen liegt zwischen Müdesheim und Koblenz.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Sozialdemokratischer Verein.) Samstag, den 6. Juli, abends 7½ Uhr, findet im Gasthaus zur „Schwäne“ eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Stellungnahme zur Wahlkreisversammlung und zum badischen Parteitag, Wahl von Delegierten. Um vollzähliges Erscheinen bittet Der Vorstand.

Kleinheubach. (Soz. Verein.) Samstag, 6. Juli, abends, im „Ochsen“ Versammlung. Tagesordnung: Wahlkreisversammlung, Parteitag. Das Erscheinen aller notwendig. 4035 D. Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2,48 Meter; Rehl 3,22 Meter, gef. 8 Zentimeter; Marau 4,97 Meter, gef. 6 Zentimeter; Mannheim 4,20 Meter, gef. 9 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Rabat; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Strassenbahn-Spätwagen.

Es verkehren mit sofortiger Wirkung folgende Spätwagen auf Linie 1.

1. Von Rheinhafen nach Durlach.

Werktag.			Sonn- und Feiertag.		
(Wagenfolge 20 Minuten.)			(Wagenfolge 10 Minuten.)		
ab Rheinhafen	9 ⁴⁴	10 ¹⁴	10 ³⁹	10 ⁵⁹	10 ⁴⁰
ab Mühlburger Tor	10 ⁰⁸	10 ²⁸	10 ⁴³	10 ³³	11 ⁰⁸
ab Hauptpost	10 ¹¹	10 ³¹	10 ⁴⁶	10 ⁵⁶	11 ⁰⁵
ab Marktplatz	10 ¹⁵	10 ³⁵	10 ⁵⁰	11 ⁰⁰	11 ¹⁰
ab Durlacher Tor	10 ²⁰	10 ⁴⁰	10 ⁵⁵	11 ⁰⁵	11 ¹⁵
an Durlach	10 ²⁸	10 ³⁸	11 ¹³	11 ²³	11 ³³

2. Von Durlach bis Rheinhafen.

Werktag.			Sonn- und Feiertag.		
(20 Minuten-Wagenfolge.)			10 Minuten-Wagenfolge		
ab Durlach Endstation	9 ⁰⁴	9 ²⁴	9 ⁰⁴	9 ²⁴	9 ⁰⁴
ab Durlach Bahnhof	9 ¹³	9 ³³	9 ¹³	9 ³³	9 ¹³
ab Schlachthof	9 ²⁰	9 ⁴⁰	9 ²⁰	9 ⁴⁰	9 ²⁰
ab Durlacher Tor	9 ²⁴	9 ⁴⁴	9 ²⁴	9 ⁴⁴	9 ²⁴
ab Marktplatz	9 ²⁸	9 ⁴⁸	9 ²⁸	9 ⁴⁸	9 ²⁸
ab Hauptpost	9 ³³	9 ⁵³	9 ³³	9 ⁵³	9 ³³
ab Mühlburger Tor	9 ³⁸	9 ⁵⁸	9 ³⁸	9 ⁵⁸	9 ³⁸
an Rheinhafen	9 ⁴⁰	10 ⁰⁰	9 ⁴⁰	10 ⁰⁰	9 ⁴⁰

Karlsruhe, den 2. Juli 1918.

Städtisches Bahnamt Karlsruhe i. B.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unseres lieben Vaters, Bruders und Schwagers

Johann Friedrich

sagen wir herzlichen Dank.

Karlsruhe, den 3. Juli 1918.

Marie Friedrich Wwe. und Kinder.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Leopold Knebel von Bieental, Maschinenarbeiter hier, mit Wilhelmine Giffow, Witwe von Westenburg. Georg Ludwig Schmitt von hier, Kaufmann hier, mit Marie Müller von Ettlingen.

Todesfälle. Paula Franziska Irene, v. Paul Baumert, Chemiker. Kurt Hubert, v. Jakob Vogt, Schuhmacher. Irma Feiba, v. Friedrich Mayer, Gärtner. Walter Karl Adolf, v. Karl Wilhelm Schmid, Geschäftsführer. Hermann Walter, v. Hermann Reich, Metzger.

**Eisendreher
Hilfsarbeiter
Frauen für Maschinenarbeit**

finden bei uns sofort Arbeit.

Geiger'sche Fabrik G. m. b. H.

8756 Karlsruhe, Augartenstraße 51.

Mädchen

finden Beschäftigung bei

H. Braun & Co., Waldstraße 28.

Malerarbeiten!

Maler-, Anstreicher- und Zimmerarbeiten etc. werden prompt ausgeführt vom Malergeschäft Werderstr. 43 oder Schützenstr. 18. 3779

Eine Frau

zum Waschen und Putzen für wöchentlich 1-2 Tage gesucht.
Frau Wilh. Stober,
Rippurrerstraße 13, 1.

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, lauft **Lovy, An- u. Verkaufsgeschäft,** Markgrafstraße 22.

Haarspangen

werden zur Reparatur angenommen **3440 Seifenhaus Wenz** Kaiserstraße 241.

Polierter Tisch

ist zu verkaufen **Winterstraße 28, IV. r.**

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 4. Juli 1918, 7½ Uhr 4034

Drei arme Teufel.

Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.

Vermögensübersicht auf 31. Dezember 1917.

	Werte.	M.
Grundbesitz	2 585 000.—	
Hypotheken	205 750 337,40	
Gemeindeanleihen	51 598 495,75	
Wertpapiere	55 780 097,50	
Vorauszahlungen und Darlehen auf eigene Versicherungen und auf Wertpapiere	27 868 288,27	
Guthaben bei Banken, Post und Versicherungsunternehmen	1 260 133,43	
Gestundete Beiträge	5 011 961,26	
Rückständige Zinsen und Mieten	454 388,65	
Zinstelle bis 31. Dezember 1917	3 384 691,45	
Ausstände bei Vertretern	880 586,04	
Zu der Einlösungsjahrt laufende Beiträge	1 893 918,88	
Vare Kasse	87 829,28	
Sonstige Werte	1 281 077,83	
Gesamtbetrag	357 726 905,49	

Verpflichtungen.

Allgemeine Rücklage	3 467 085.—
Deckungskapital	289 006 014,49
Rücklage für schwebende Versicherungsfälle	4 882 189,72
Ueberführungslage der Versicherten	22 677 368,43
Sonderrücklagen	6 749 400,61
Sonstige Verbindlichkeiten	19 347 902,85
Ueberhuß der Einnahmen	12 117 844,39
Gesamtbetrag	357 726 905,49

Karlsruhe, den 17. Juni 1918.

Der Vorstand.

4035

Stadtkundige Kutscher

sowie

Hilfsarbeiter u. -Arbeiterinnen

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Werner & Gärtner,

Hauptbahnhof.

Ne
Dem
reits
heuren
ist. Mit
nung der
ordnet der
Diese Aufst
nicht mehr
stumpfsich
entwurf, d
Zusatz zu
genommen
dem Lande
reibe un
pflichtigen,
militärisch
reiterpflich
landwehrl
Diese Besti
nen Landst
Der § 6 de
„Im
ordnung
Dienstge
werden.“
Das ne
stumpfsich
nach Beend
sondern w
kriegsgerich
jedoch die
der Meiere
Diese Richt
wendet we
heute S
Wiek Land
auf, daß f
ren, verbe
Verensstel
alles wi
teres üb
demnach ge
tavoria
Von jog
auf hingen
Vorlage die
Erörterung
Erziehu
ein, daß je
Waffe ausg
geschloßen,
wenn die
müßte sich
schicken, d
für zen.
Krieges ge
doriüber, die
stumpfsich
worden. Mi
bildungsmat
ker möglich
in kurzer Z
resverwaltu
jährlichen G
Es ist dies
Interesse
künstliche
ein sozialer
Vorlage der
nach dem
rüstung, vor
Rebe ist.
Zedenfall
willkommen
zum Militä